

ARBEITGEBERTAG 2018

## Die Sozialpartner müssen sich auf ihre traditionellen Werte besinnen

**Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die an der London Business School lehrende italienische Ökonomin Lucrezia Reichlin ist besorgt. Für Sie sind Italien und die EU an einem Wendepunkt angekommen. Sie befürchtet, wir könnten schlafwandlerisch in eine neue *Eurokrise* taumeln, die viel schwerer zu bewältigen ist als die letzte. Sie könnte die jetzige Zusammensetzung des Euro selbst gefährden.

Nach Ansicht von William White stecken wir in der *Schuldenfalle*. Der ehemalige Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat vorgerechnet, dass die Schulden weltweit seit der letzten Finanzkrise nicht wie sonst üblich ab-, sondern stark zugenommen haben. Gewachsen ist der Schuldenberg vor allem wegen zunehmenden Verbindlichkeiten der Industriestaaten und steigenden Unternehmensschulden in den Schwellenländern. Das ist wohl eine der unbeabsichtigten Spätfolgen der extrem lockeren Geldpolitik des amerikanischen Fed und anderer Notenbanken in aller Welt.

Alt-Bundesrat Kaspar Villiger diagnostiziert ein grosses *Durcheinander*. Für ihn ist die Welt aus dem Lot, wenn populistische Autokraten Wahlen gewinnen, protektionistische Wirtschaftsprogramme Schule machen und Überregulierung das Wachstum hemmen.

### Beunruhigende Polarisierung der Welt

So oder ähnlich umschreiben viele Meinungsführer den Zustand unserer westlichen Gesellschaft. Eine Rückkehr der Eurokrise, Schuldenwirtschaft und Orientierungslosigkeit: Das ist der Nährboden, auf dem Polarisierung und *Populismus* gedeihen. In Europa wie in den USA zweifeln die Populisten die Legitimität der sogenannten Eliten und Experten an, die sie als Interessenvertreter einer alten Kaste statt des Volkes abstempeln. In Ihrer Grundhaltung nehmen die Populisten eine nationalistische, in Europa eine EU-kritische Rolle ein. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Austeritätspolitik, eine straffere Geldpolitik und schmerzhafteste Strukturreformen. Jüngster Beweis dafür ist die Regierungsbildung in Italien, ebenso wie das Brexit-Referendum zuvor und in einigen Punkten sogar die Wahl von Macron in Frankreich.

Wohin eine populistische Politik führen kann, hat die Wissenschaft gründlich untersucht. Episoden, in denen wirtschaftspolitischer Populismus zum Regierungsprogramm wird, folgen erstens stets einem Muster. Zweitens gibt es nie ein Happy End. Und das gilt, drittens, vor allem für jene, die eigentlich profitieren sollten, nämlich das Volk.

Für den renommierten Ökonomen Sebastián Edwards, der schon vor 30 Jahren zusammen mit seinem Kollegen Rüdiger Dornbusch das Phänomen Populismus untersucht hat, ist das Hauptproblem klar: Der Populismus ignoriert die grundlegenden Gesetze der Ökonomie, wonach Regierungen, wie auch Firmen oder private Haushalte, Budgetrestriktionen unterliegen. In diesem Punkt unterscheiden sich gemäss Edwards Links- und Rechtspopulisten nicht. Differenzen würden erst sichtbar, wenn für das dem Wähler versprochene Freibier doch noch eine Rechnung kommt. Lasst die Reichen zahlen,

die Konzerne, die Spekulanten, sagt dann der Linkspopulist. Der Rechtspopulist bittet hingegen lieber Ausländer zur Kasse, ethnische Minderheiten oder ein fremdes Land.

Dank den Forschern wissen wir freilich auch, dass der beste Schutz vor Populismus starke, unabhängige *Institutionen* sind. Wenn es eine Institution gibt, die hervorragend arbeitet, zumindest in der Schweiz, ist es die Wirtschaft. Wir haben die höchste Beschäftigung in Europa, fast die tiefste Arbeitslosenquote, niedrige Staatsschulden und eine sehr ausgeglichene Gesellschaft.

### **Die Schweiz vor ungelösten Hausaufgaben**

*Konjunkturell* nähert sich die Schweizer Wirtschaft dem Zenit. An Schwung gewonnen hat besonders die Binnennachfrage, die von einem starken privaten Konsum und kräftig steigenden Ausrüstungsinvestitionen getragen wird. In den Unternehmen steigt teilweise die Kapazitätsauslastung, und die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Dieser Aufwärtstrend spiegelt sich bereits auf dem Arbeitsmarkt, wo die Arbeitslosenquote mit 2,4 Prozent im Mai gerade auf den tiefsten Wert seit 10 Jahren gefallen ist. Zwar zeichnet sich für die Schweiz ein Boomjahr ab. Der Konjunkturhimmel wird sich aber gemäss den Auguren bereits nächstes Jahr wieder eintrüben. Sorgenfalten rufen vor allem die Risiken in der Weltwirtschaft hervor. Sie sind bereits beträchtlich und haben in den letzten Monaten, wie eingangs erwähnt, an Bedeutung und Anzahl zugenommen.

Die Schweiz darf sich also keinesfalls auf ihren Lorbeeren ausruhen. Unser *Lebensstandard* lässt sich nach dem Ratschlag des deutschen Wirtschaftsprofessors Hans-Werner Sinn nur halten, wenn wir «beharrlich bei unseren liberalen Grundsätzen bleiben und nicht versuchen, so zu werden wie Deutschland». Übersetzt für die Arbeitgeber in unserem Land heisst das, wir müssen mehr Mut und Willen aufbringen zu echten Reformen in der Gesundheitspolitik, der Altersvorsorge und in den Ausenbeziehungen. Zu vermeiden gilt es freilich auch, dass der Sozialstaat als Konkurrent der Privatwirtschaft auftritt, indem er Lohnersatz gewährt. Geld fürs Mitmachen ist besser als Geld fürs Wegbleiben.

Mittelmass sind wir im internationalen Vergleich ausserdem bei der *Produktivität*, also dem Verhältnis zwischen produzierten Gütern und den dafür benötigten Produktionsfaktoren. Das Wachstum der Produktivität hat sich in den letzten Jahren nicht nur abgeschwächt, sondern lag auch deutlich unter anderen Industrieländern. Die Möglichkeiten der Digitalisierung, über die wir uns in unserem Verband im vergangenen Jahr intensiv ausgetauscht haben, scheinen sich also bisher noch kaum auf die Produktivitäts-Statistiken ausgewirkt zu haben. Allerdings stehen zahlreiche digitale Technologien erst ganz am Anfang ihrer Entwicklung. Es besteht darum kaum ein Zweifel daran, dass sie das derzeit grösste Potenzial bieten, die Produktivität und damit den Wohlstand der Bevölkerung langfristig zu steigern. Entscheidend dafür ist, wie gut gerüstet die Schweiz und die hier ansässigen Unternehmen sind, dieses Potenzial zu nutzen. Noch müssen wir konstatieren, dass wir bei der Innovationsfähigkeit nicht alle Hausaufgaben erledigt haben.

Denn die *Innovationsstärke* unseres Landes ist vorwiegend den traditionellen, in der Schweiz stark verankerten Branchen wie der Pharma, Chemie oder Maschinenindustrie zu verdanken. Bei den digitalen Innovationen spielt die Schweiz indessen nicht ganz vorne mit. Ein Blick auf die Liste der weltweit innovativsten Unternehmen, die auf einer Befragung von Top-Managern basiert, bekräftigt diese Einschätzung: Unter den 50 Besten befindet sich keine Schweizer Firma. Die Spitzenplätze belegen digitale Player wie Apple, Google, Airbnb, Netflix oder Uber.

Übrigens kann der Staat mit den richtigen Anreizen und Rahmenbedingungen zwar einen gewissen, aber letztlich nur indirekten Einfluss auf die digitale Innovationsfähigkeit nehmen. Die zentrale Rolle spielen also die Wirtschaftsführer. Deshalb appelliere ich an Sie: Wir brauchen wieder mehr Alfred Escher in diesem Land. Der Politiker, Wirtschaftsführer und Eisenbahnunternehmer verstand seinerzeit,

dass die Industrialisierung die Spielregeln ändern würde. Weil er befürchtete, dass die Schweiz den Anschluss an die Moderne verpassen könnte, räumte er jedes Hindernis aus dem Weg. Genau diese Haltung brauchen wir, um als Standort Schweiz im digitalen Zeitalter erfolgreich zu sein. Wir müssen neue Wertschöpfungsketten finden. Dafür ist eine neue Denkweise erforderlich, jenseits von blossen Taktieren. Bei Google spricht man von Moonshot-Thinking.

## **Die Sozialpartnerschaft 100 Jahre nach dem Landesstreik**

Lassen Sie mich nun nochmals auf die so eminent wichtigen Institutionen zurückkommen und dabei einen Bogen zur Entwicklung der *Sozialpartnerschaft* in der Schweiz schlagen.

Im November 1918 – also vor genau 100 Jahren – erschütterte ein landesweiter Generalstreik die Schweiz. Über 250'000 Arbeiter forderten bessere Lebensbedingungen. Der Bundesrat befürchtete eine gewaltsame Revolution wie in Russland und mobilisierte die Armee. So stand die Schweiz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs am Rande eines Bürgerkriegs. Allerdings kapitulierten die Arbeiter nach nur drei Tagen. Dennoch waren die Folgen der Auseinandersetzung weitreichend. Grundlegende Weichenstellung bahnten sich an: bei den Arbeitsbedingungen, in der Sozialpolitik und der politischen Partizipation.

Ein Blick auf die Wirtschaftsgeschichte lehrt uns zwar, dass der Konfrontationskurs ein dornenreicher Weg ist. Trotzdem war die Sozialpartnerschaft lange Zeit davon beherrscht. Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie der erwähnte Landesstreik, waren an der Tagesordnung: Zwischen 1880 und 1914 fanden 2416 Streiks statt. Dabei brachten die Behörden die Polizei gegen die Streikenden zum Einsatz, manchmal auch die Armee. Auch die Arbeitgeber realisierten bald, dass die einzelnen Branchenverbände nicht ausreichten, um gegen die Arbeiterverbände anzukommen. Eine Vereinigung drängte sich auf. So schlossen sich im Jahr 1908 acht Organisationen, unter ihnen der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen-Industrieller (ASM) zum Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen zusammen, dem heutigen Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV). Das Hauptziel der damaligen Dachorganisation bestand in der Bekämpfung von Streiks und Gewerkschaften sowie in der Kontrolle der Entwicklung im Bereich der Sozial- und Arbeitspolitik.

Aus dieser «Kampfgemeinschaft» wurde im Verlauf der Zeit eine dem Dialog verpflichtete Organisation. Ein erster Wendepunkt war am 19. Juli 1937 erreicht: Die unter dem Begriff Friedensabkommen bekannt gewordene Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband in der Metallindustrie markierte den Durchbruch in den erstarrten Fronten des Klassenkampfes. Während des zweiten Weltkriegs schuf dann die Landesregierung die Grundlagen für Gesamtarbeitsverträge (GAV) zwischen allen Arbeitnehmern und Arbeitgebern einer Branche. Dadurch musste die Waffe des Streiks der Streitkultur in Verhandlungen weichen. Diese Art der Auseinandersetzung entspricht heute noch mehr als damals der Schweizerischen Tradition und Volksseele. Derzeit kennt die Schweiz nämlich fast 600 GAV, denen rund 2 Millionen Arbeitnehmende unterstellt sind.

Es ist letztlich der Verständigungswille auf der Basis von «Treu und Glauben», dieser alteidgenössische Grundsatz, der einerseits den für unser Land so vorteilhaften Arbeitsfrieden ermöglicht. Andererseits drängt er staatliche Zwangsschlichtungen in den Hintergrund und mehrt das Ansehen der Sozialpartner, wenn sie von populistischem Geschrei absehen. Dieses hohe Gut partnerschaftlicher und lebensnaher Verständigung ist ein wichtiger Teil des Erfolgsmodells Schweiz. Umso erfreulicher ist es, dass die Sozialpartner der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) anfangs Juni bekanntgeben konnten, sich über die Inhalte eines neuen Gesamtarbeitsvertrages (GAV) geeinigt zu haben. Der schon bisher fortschrittliche GAV der MEM-Industrie wurde weiter modernisiert und den Ent-

wicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft angepasst. Weitere GAV-Verhandlungen in anderen bedeutenden Branchen sind zurzeit im Gange und es ist zu hoffen, dass auch diese zu einem erfolgreichen Abschluss kommen.

Denn der Ruf der Schweiz, ein stabiles, zu klugen Kompromissen fähiges Land mit den traditionell tiefsten Streikzahlen in Westeuropa zu sein, darf nicht ramponiert werden. Leider hat die Verpflichtung auf diese Werte in der jüngsten Geschichte der Sozialpartnerschaft aufgrund verschiedenster Ereignisse gelitten. Nach einer Phase der «Verhärtung» besonders auf Branchenebene sind mit dem neuen GAV der MEM-Industrie inzwischen allerdings wieder Silberstreifen am Horizont erkennbar.

Als Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands kann ich Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft unseren Teil zu einer gelebten, von Vertrauen geprägten Sozialpartnerschaft beitragen wollen. Wie immer kämpft unser Dachverband dabei mit Engagement, guten Argumenten und Beharrlichkeit um eine starke, im Zeitalter der Globalisierung bestens vernetzte Schweiz. Dazu ist die Sozialpartnerschaft künftig nicht nur auf Branchen-, sondern besonders auf nationaler Ebene gefordert. Ich erwähne hierzu stichwortartig das gemeinsame Ziel geordneter Beziehungen zu Europa, eine Lösung in der Reform der zweiten Säule oder die beiderseitigen Anstrengungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

### **Falsch verstandene Kompromisskultur der Politik**

So wichtig eine verlässliche Sozialpartnerschaft für unsere Wirtschaft ist, so unentbehrlich ist eine *nachhaltige Sachpolitik* für unsere direkte Demokratie. Doch gerade in der parlamentarischen Lösungsfindung begegnet uns in jüngster Zeit eine bisher ungekannte Verhaltensweise, die an diesen Prinzipien rüttelt. Ich würde diese Mechanismen als «falsch verstandene Kompromisskultur der Politik» überschreiben. Sie bergen trotz vermeintlicher Verpackung in Wolle hohe Risiken. Angebliche Kompromisse zwischen National- und Ständerat können – wenn sie als einheitliche Gesetzesvorlagen im Falle eines Referendums dem Volk vorzulegen sind – an der Urne durchfallen und einen Scherbenhaufen hinterlassen. Besonders gefährlich werden Scheinkompromisse, wenn verschiedene Sachthemen miteinander verbunden werden und dem Volk keine Entscheidungsfreiheit gelassen wird. Erinnern wir uns an die letztjährige Reformvorlage zur Altersvorsorge: Um das BVG reformieren zu können, wurde das Volk mit einer Rentenerhöhung in der AHV von 70 Franken geködert. Der Souverän durchschaute den Schacher und lehnte die gesamte Reform ab.

Gleiches Unheil könnte sich nun wieder in der Steuerreform 17 anbahnen. Statt dem im Initiativrecht bewährten Grundsatz der «Einheit der Materie» nachzuleben, verknüpft das Parlament Steuer- mit AHV-Reform und hofft, mit diesem sachfremden Deal eine Lösung zu finden. Statt das Stimmvolk transparent aufzuklären, wird eine inhaltlich überfrachtete Vorlage als Kompromiss aufgetischt nach der Devise «alles oder nichts», «Vogel – Volk – friss oder stirb». Diese Vorgehensweise ist jedoch ebenso risikobehaftet wie staatspolitisch verpönt. Nicht alles, was rechtlich nicht verboten ist, ist politisch auch opportun. Wird das Volk im Fall eines Referendums den Bruch des Einheitsgebots der Materie schlucken? Oder lehnt es die Vorlage ab, weil es die unsachgemässe Verknüpfung erneut nicht goutiert? Das Volk sollte nicht nur dieses «Päckli», sondern ganz generell bei Referenden zwei unterschiedliche Sachgeschäfte getrennt voneinander beurteilen können. Es ist dann eine zweite Frage, ob das «Nein» in einem Geschäft auch ein «Nein» im anderen zur Folge hat. Denkt man also die Geschichte zu Ende, kommt man unweigerlich an den Ausgangspunkt zurück: Jede Vorlage muss für sich stichhaltig sein und überzeugend erklärt werden können.

Das Parlament wäre demnach gut beraten, die Referendumsmöglichkeit stets im Auge zu behalten. Denn was zwei Parteien – sprich das Parlament – aushandeln, muss von einem Dritten – sprich dem Volk – nicht zwingend akzeptiert werden. Umso wichtiger ist es, jedes einzelne Element, das Teil einer

echten, zwischen den beiden Kammern sorgfältig entwickelten Kompromissvorlage sein soll, auf Herz und Nieren zu prüfen. Besonders wichtig ist die Konsistenz, wenn zwei bereits einmal an der Urne gescheiterte Bereiche kombiniert werden sollen. Bei der Steuerreform hat das Parlament in den nächsten Wochen die Chance, den Kuhhandel zugunsten einer echten Kompromissfindung zurückzuweisen. Es gibt Lösungen für eine erfolgreiche, dringend notwendige Steuerreform, die keinen Kollateralschaden für die ebenso dringlichen, strukturellen Reformen von AHV und BVG hinterlassen. Denn eines ist klar: In einer volkswirtschaftlichen Gesamtschau muss unser Land nicht nur ein attraktiver Steuerstandort sein, sondern es braucht auch einen wettbewerbsfähigen Wissens- und Werkplatz Schweiz sowie sichere Renten und soziale Netze in einer alternden Gesellschaft.

### **Die Berufsbildung als Aushängeschild der Schweiz**

Lassen Sie mich zum Schluss überleiten auf unser Motto des Tages: «*Bildung als Schlüssel für berufliche Mobilität*». Wer sich mit der Digitalisierung, der Fachkräftethematik oder mit der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen ins Erwerbsleben befasst, stösst unweigerlich auf Bildungsthemen. Unser Bildungsverständnis geht zurück auf die Aufklärung. Damals reifte die Überzeugung, dass menschlicher Fortschritt möglich und wünschbar sei und dass die neuen Erkenntnisse dem klassischen Kanon an Wissen, dem man in vielen Universitäten mit blindem Respekt begegnete, überlegen seien. Auf dieser Grundlage hat sich in der Schweiz ein Berufsbildungssystem etabliert, das international einen ausgezeichneten Ruf genießt. Dazu beigetragen haben zweifellos die Arbeitgeber, die in das System weitaus mehr als in anderen Ländern eingebunden sind. Vorbildlich sind die grosse Bedeutung der betrieblich organisierten Berufslehre, der Einfluss der Verbände auf die Bildungsinhalte, ihr hohes finanzielles Engagement sowie die freiwillige Bereitstellung der dazu nötigen Verbandsstruktur, inklusive entsprechender Milizarbeit. Das Engagement der Wirtschaft in Milliardenhöhe ist herausragend und macht das gesamte Bildungswesen zu einem Aushängeschild der Schweiz.

Trotz dieses Erfolgsausweises besteht der berechtigte Wunsch nach Verbesserung und Weiterentwicklung. Aus Arbeitgebersicht gilt es dabei sicherzustellen, das Bildungssystem dosiert und mit Augenmass zu reformieren. Die Aus- und Weiterbildung soll dazu beitragen, die Chancen der digitalen Wirtschaft zu nutzen, aber auch rasche Veränderungen oder gar Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt zu bewältigen. Aktivitäten mit diesen Zielsetzungen sind am Laufen. Zu nennen sind etwa die Überlegungen von Bund, Kantonen und Sozialpartnern zur «Berufsbildung 2030» oder die Berichte der Landesregierung zur Digitalisierung und Bildung. Aktiv sind auch die Verbände. So fördert Swissmem die berufliche Mobilität der Erwerbstätigen in Bezug auf Berufs- und Branchenwechsel. Im Projekt Kaufleute 2022 befassen sich viele unserer Mitglieder intensiv mit der künftigen Gestaltung des grössten Ausbildungsberufes.

Ein Leitsatz in der Strategie des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes lautet: «Die Erkenntnisse aus dem Prozess des Bildungsmonitorings Schweiz sowie der entsprechenden Bildungsberichte sind zu nutzen und in die Weiterentwicklung des Systems und in den Bildungsalltag einfliessen lassen». Eine faktenbasierte Bildungspolitik ist also nötig, um dem Interesse der Arbeitgeber an einer langfristig ausgelegten, effektiven, effizienten und auch chancengerechten Bildungspolitik zu entsprechen. Diese Forderung basiert auch auf der Erfahrung, dass sich im laufenden Politbetrieb nur Wenige mit Systemzusammenhängen, tatsächlichen Resultaten und dem gezielten Mitteleinsatz für Bildung beschäftigen. Insofern erscheint der Bildungsbericht 2018 zur richtigen Zeit. Er bildet das Fundament an Fakten und Zusammenhängen für die Weiterentwicklung des Bildungssystems in der Schweiz.